



Kurzinformationen für Lehrer_innen: **Kurdistan**

Politischer und historischer Hintergrund:

Als Kurdistan wird seit Jahrhunderten die Region bezeichnet, in der Kurd_innen die Mehrheitsbevölkerung bilden. Die Grenzen dieser Region waren nie festgeschrieben und die Mehrheiten in den betreffenden Regionen änderten sich auch im Laufe der Geschichte – so bildeten die Kurd_innen in manchen Regionen der heutigen Türkei erst nach dem Genozid an der armenischen und assyrischen Bevölkerung 1915 die Mehrheit – allerdings existiert der Begriff als Bezeichnung einer Region bereits länger als die einzelnen Nationalstaaten, zu denen heute die verschiedenen Teile Kurdistans gehören. Kurd_innen leben seit Jahrhunderten in diesem Gebiet, sprechen eine eigene Sprache – bzw. mehrere eigene Sprachen, je nachdem ob die verschiedenen Formen des Kurdischen als eigene Dialekte oder Sprachen gewertet werden.

Die politischen Konflikte zwischen den kurdischen politischen Bewegungen – die um Autonomie oder Unabhängigkeit für die Kurd_innen kämpfen – und den Nationalstaaten zu denen dieses Territorium gehört, gehen letztlich auf die Nationalismen des 20. Jahrhunderts und die Aufteilung der Region nach dem 1. Weltkrieg zurück.

Während die Türkei bereits unter ihrem Republikgründer Mustafa Kemal (Atatürk) die Existenz der Kurd_innen zu leugnen begann und von diesen nur noch als „Bergtürken“ sprach, wurden sie im Iran durchaus als sprachliche und kulturelle Minderheit aber ohne politische Rechte akzeptiert. Selbst im Irak, in dem es unter Saddam Hussein in den 1980er-Jahren zu einer genozidalen Aufstandsbekämpfung im Rahmen der so genannten Anfal-Kampagne und zu den Giftgasangriffen auf kurdische Städte und Dörfer kam, wurde die Existenz der Kurd_innen nie geleugnet. In Syrien wurden sie zu Migrant_innen aus der Türkei erklärt. Letztlich blicken die kurdischen Bevölkerungen in der Türkei, Syrien, Irak und Iran auf unterschiedliche Repressions- und Verfolgungsgeschichten – aber auch auf lange Widerstandsgeschichten zurück. Im Irak, Iran und der Türkei gibt es auch eine Geschichte des bewaffneten Guerillakampfes. In Syrien konnten die Kurd_innen 2012 in der Folge des Bürgerkrieges einen kampflosen Abzug der Regierungsarmee aus den kurdischen Gebieten aushandeln und seither eine De-facto-Selbstverwaltung aufbauen. Im irakischen Teil Kurdistans gelang es bereits 1991 eine prekäre Selbstverwaltung zu erkämpfen, die nach dem Sturz Saddam Husseins in der neuen irakischen Verfassung legalisiert und verankert wurde.

In der Türkei begann der militärische Konflikt zwischen der Ende der 1970er-Jahre von Abdullah Öcalan gegründeten Arbeiterpartei Kurdistans PKK und dem türkischen Militär 1984 und sollte insgesamt über 36.000 Tote kosten. Im Laufe dieses Krieges wurden tausende kurdische Dörfer von der türkischen Armee zerstört und hunderttausende Kurd_innen innerhalb der Türkei zu Flüchtlingen, die sich in den großen kurdischen aber auch türkischen Städten niederließen oder nach Europa weiter flohen. Selbst nach Angaben der türkischen Regierung wurden insgesamt 353.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben



und 3.500 Dörfer zerstört. Internationale Beobachter_innen und Menschenrechtsorganisationen sprechen von bis zu vier Millionen Vertriebenen.

Eine gewisse Liberalisierung der türkischen Kurdenpolitik fand Anfang der 1990er-Jahre unter Ministerpräsident Turgut Özal statt. Die Existenz der Kurd_innen wurde nicht mehr geleugnet, ihre Sprache nicht mehr verboten. Bevor allerdings Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konfliktes stattfinden konnten, starb Özal 1993 unter bis heute ungeklärten Umständen – viele sprechen bis heute von Mord.

Zu einer weiteren Liberalisierung kam es während des Friedensprozesses, der 2009 mit geheimen Friedensgesprächen zwischen dem türkischen Staat und der PKK in Oslo begann und der 2012 zu direkten Gesprächen des Direktors des türkischen Geheimdienst (MIT) mit dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan führten. Beim Newroz-Fest 2013, dem Frühlings- und Neujahrsfest der Kurd_innen, verkündete Öcalan schließlich eine Waffenruhe und den Rückzug der PKK-Einheiten. Nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015, bei der die regierende AKP die absolute Mehrheit verlor und nach dem Anschlag in Suruç auf kurdische und linke Regierungsgegner_innen am 20. Juli 2015, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der AKP-Regierung von Recep Tayyip Erdoğan und der kurdischen Bewegung allerdings wieder rapide und führte nach den Neuwahlen und der Ausrufung selbstverwalteter Städte durch die kurdische Bewegung bis Ende 2015 zu Kämpfen in vielen wichtigen kurdischen Städten der Türkei.

Die immer autoritärere Politik in der Türkei, die Angst der Türkei vor der Etablierung einer kurdischen Autonomie in Syrien und schließlich der Einmarsch der Türkei in die syrisch-kurdische Region Afrin 2018 ließen den türkisch-kurdischen Konflikt erneut eskalieren. Der im Oktober 2019 erfolgte Angriff auf die unter Kontrolle der „Syrischen Demokratischen Kräfte“ verbliebenen Region Nord- und Ost-Syriens durch die türkische Armee und verbündete islamistische Milizen, führte sowohl in der Diaspora, als auch in der Türkei zu einer weiteren Eskalation der Konflikte und zu einer Massenflucht kurdischer und christlicher Bewohner_innen der betroffenen Regionen.

Mögliche Auswirkungen auf den Unterricht und die Klassengemeinschaft:

In Österreich leben sowohl Kurd_innen als auch Türk_innen, wobei weder alle Kurd_innen die PKK unterstützen, noch alle Türk_innen die türkische Regierung gut heißen. Trotzdem kommt es, wenn der Konflikt in der Türkei eskaliert, auch in Österreich immer wieder zu Konflikten zwischen PKK-AnhängerInnen und AnhängerInnen der türkischen Regierung. Da seit 2014 verstärkt auch syrische Kurd_innen nach Österreich gekommen sind, werden auch diese manchmal in diese Konflikte mit einbezogen. Dabei kommt es keineswegs nur zu Konflikten zwischen den AnhängerInnen entsprechender politischer Parteien. Der wachsende Nationalismus in der Türkei und in Teilen der türkischen Communities in Europa, führt auch immer wieder dazu, dass kurdische Schüler_innen völlig unabhängig von ihren



politischen Positionen oder den Positionen ihrer Familie, von türkisch-nationalistischen Schüler_innen beschimpft oder gemobbt werden.

Mögliche Interventionsmöglichkeiten bei Konflikten in der Klasse:

Bleiben Sie generell aufmerksam wenn es um Mobbing in der Klasse geht. Sollten Sie sehen, dass Konflikte ethnisiert werden oder Schüler_innen aufgrund dieses Themas von anderen Schüler_innen schlecht behandelt werden, dann gehen Sie dem Thema nicht aus dem Weg, sondern bringen Sie es zur Sprache, versuchen Sie den Konflikt zu thematisieren und damit auch zu rationalisieren. Dazu benötigen Sie selbst aber auch ein entsprechendes Wissen und eine entsprechende Konfliktfähigkeit.

Autor: Thomas Schmidinger

Literaturempfehlungen:

Martin Strohmeier / Lale Yalçın-Heckmann: Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur. München, 2016

Thomas Schmidinger: Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava. Wien, 2017

Ilker Ataç / Michael Fanizadeh, / Volkan Ağar / VIDC (Hg.): Nach dem Putsch. 16 Anmerkungen zur »neuen« Türkei. Wien, 2018